

Rede von Olaf Harms, Vors. Landesbezirksvorstand ver.di Hamburg, bei der Demonstration zum Antikriegstag am 1. September 2015 in Hamburg

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 1. September 1939 entfachte das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg, dem 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Es war der Auftakt zur industriellen Massenvernichtung in den Konzentrationslagern und zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht, der sich insbesondere gegen die Sowjetunion richtete. Die Konsequenz aus dieser Barbarei lautete im Nachkriegsdeutschland: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind erschrocken und besorgt über die weltweit zunehmende kriegerische Gewalt. 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und 70 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges ist in der Welt noch immer und in Europa wieder der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Unsere Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Tausende Menschen sind derzeit aus den Krisengebieten auf der Flucht – allein in Deutschland werden rund 800.000 Flüchtlinge in diesem Jahr erwartet. Sie flüchten, weil ihr Leben in ihrer Heimat von Krieg, Terror und Gewalt bedroht ist und sie keinen anderen Ausweg als Flucht sehen. Dabei nehmen sie unsägliche Strapazen und Leid auf sich – bis hin zum Tod durch Ertrinken im Mittelmeer – um nach Europa zu gelangen. Diese Menschen erhoffen sich hier eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Gewaltlosigkeit.

Die aktuelle Flüchtlingssituation macht - ebenso wie die europäische Finanzkrise mit dem darauf folgenden griechischen Drama - überdeutlich, wo die europäische Union mit Deutschland an der Spitze heute steht: Als neoliberale Wirtschaftseinheit schert sie sich nicht um die sozialen Belange ihrer Bewohner und Einwanderer. Dem werden wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch künftig laut und entschieden entgegenzutreten. Denn wir haben die Erfahrung von Krieg und Flucht, Elend und Armut – wir wissen, dass Krieg niemals eine Lösung ist.

Wir sind bestürzt und beschämt darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Wir verurteilen zutiefst die abstoßenden Angriffe auf Menschen, die vor Verfolgung und Terror, vor Hunger und Not Zuflucht bei uns suchen. Wir heißen alle Flüchtlinge herzlich Willkommen; jede und jeder verdient unser Mitgefühl, unsere Mitmenschlichkeit und unsere aktive Unterstützung.

Wir sind empört, dass Menschen, die Flagge zeigen für eine weltoffene und demokratische Bundesrepublik, die sich für Solidarität, Menschenrechte und Toleranz einsetzen, angegriffen werden. So wurde erst vor einigen Tagen die Scheune unserer ver.di-Mitglieder Birgit und Horst Lohmeyer in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern in Brand gesetzt. Dadurch soll ein Klima der Angst erzeugt werden, in dem nur noch das

erlaubt ist auszusprechen, was Geistesinhalt der extremen Rechten ist. Dem werden wir uns entgegenstellen. Wir werden Gewalt in Worten und Gewalt in Taten gegen Demokraten, Antirassisten und Flüchtlinge nicht dulden.

Auch um ein klares Zeichen gegen diese menschenverachtenden Umtriebe zu setzen, brauchen wir endlich ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen.

Deshalb rufen wir auch auf zur Teilnahme an Gegenaktivitäten gegen Nazi-Hooligans, die am 12.09. in unserer Stadt ihren Tag der deutschen Patrioten begehen wollen. Wir sagen eindeutig: Kein Platz für Nazis: nicht in den Parlamenten, nicht im Stadtteil, nicht im Betrieb.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns alarmiert die Tatsache, dass die Bundesregierung einseitig Partei ergreift für die Stationierung schwerer US-Waffen an der Grenze zu Russland und dass sich die Bundeswehr an einer 5000 Soldaten starken NATO-Expansionseinheit beteiligt.

Mit dem Aufbau einer schnellen NATO-Eingreiftruppe in Osteuropa sowie der geplanten Stationierung von neuen F22-Kampffjets der USA in Europa unterstreicht die NATO ihre Bereitschaft, das mit Faschisten durchsetzte Regime in der Ukraine zu stützen, um die Konfrontation gegen Russland fortzusetzen. Diese NATO-Aggression hat das Potenzial, einen Krieg in Europa mit unabsehbaren Folgen auszulösen. Wenn die NATO-Denkfabrik „Joint Air Power Competence Centre“ (JAPCC) in ihren Strategiepapieren einen Krieg in Europa einkalkuliert und dafür auf einen „angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Fähigkeiten“ setzt, wird die Dimension der Kriegsgefahr deutlich.

Alte Feindbilder werden bedient, Atommächte üben Krieg an den europäischen Außengrenzen und Deutschland macht mit.

Um diese Kriegsentwicklung zu stoppen, muss unser DGB im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus mehr denn je Einheitsgewerkschaft sein, die für das erste Menschenrecht auf Leben und in Würde weltweit einsteht.

Wir sagen:

JA! zur Abrüstung, zu Rüstungskonversion und ziviler Konfliktbearbeitung!

NEIN! zu Krieg, zu Gewalt und zu mehr Militär und Hochrüstung!

JA! zur Solidarität mit Flüchtlingen und sozialer Asylpolitik!

NEIN! zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!